



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

E-Mail: david.steiner@bj.admin.ch

Sarnen, 12. September 2018

Vorentwurf zur Haftung bei bedingten Entlassungen und Strafvollzugslockerungen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zum Vorentwurf einer Änderung des Strafgesetzbuchs (StGB) zur Haftung bei bedingten Entlassungen und Strafvollzugslockerungen danken wir Ihnen.

Die vorgeschlagene Staatshaftung ist aufgrund der Ausrichtung für die schweizerische Strafgesetzgebung artfremd und würde im Rechtsmittelverfahren die richterliche Unabhängigkeit und die Konzeption der stufenweisen Wiedereingliederung gefährden. Wir lehnen die Revisionsvorlage daher ab.

Die tragischen Fälle „Lucie“ und „Marie“ haben jedoch gezeigt, dass den Risiken von Vollzugseröffnungen ein hohes Gewicht beizumessen ist und die zuständigen Organe ihre Aufsichtspflicht mit grosser Sorgfalt erfüllen müssen.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der KKJPD vom 17. März 2017, welche wir inhaltlich unterstützen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Christoph Amstad
Landammann


Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin